

# Paibacher Zeitung.

Nr. 91.

Gränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. 7-50.

Donnerstag, 22. April.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere per Seite 6 fr.; bei älteren Wiederholungen per Seite 3 fr.

1880.

## Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Alerhöchst unterzeichnetem Diplome dem k. k. Landesschulinspector Anton Klobodič in Triest als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse in Gemäßheit der Ordensstatuten den Ritterstand mit dem Prädicate "Sabladoški" allernädigst zu verleihen geruht.

Am 20. April 1880 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XVI. Stück des Reichsgesetzblattes, vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 39 das Gesetz vom 25. März 1880, betreffend die Steuerfreiheit von Neu-, Uml- und Zubauten; Nr. 40 die Verordnung des Ministers für Cultus und Unterricht vom 30. März 1880, womit die Anerkennung der evangelischen Brüderkirche (Herrnhuter Brüderkirche) ausgesprochen wird.

(„W. Btg.“ Nr. 90 vom 20. April 1880.)

## Nichtamtlicher Theil.

### 4. Verzeichnis

der beim k. k. Landespräsidium eingelangten Spenden für die Notleidenden im Bezirke Adelsberg.

	fl. kr.
Herr Dr. Johann Skedl, Advocat, Rudolfswert	5 —
Frau Josefine Verhovc, Realitätenbesitzerin, Seisenberg	1 —
Herr Josef Kühmann, Gemeindevorsteher, Seisenberg	1 —
Sammlungsergebnis des Pfarramtes und der Collegiatcapitel-Geistlichkeit in Rudolfs Wert	31 30
Von den Pfarrämlern:	
Machau	1 —
Ainöd	4 —
St. Michael bei Seisenberg	3 30
St. Michael bei Rudolfs Wert	5 —
Hönigstein	13 50
Unterwarenberg	— 60
Selo bei Schönberg	4 20
Hinach	5 —
Von der Stadtvorstehung Rudolfs Wert	7 —
Von Herrn Anton Jelovsek in Feistritz das Sammlungsergebnis bei einer Faschingsunterhaltung	26 40
Von den Herren Alois und Johann Lavrenčič in Adelsberg der Ertrag eines zu diesem Zwecke veranstalteten Bither-Concertes	38 —

## Feuilleton.

### Die öffentlichen Gesundheitsfragen der Stadt Laibach.

Von Dr. Friedrich Keesbacher.

#### IV. Der Luftkreis.

(Fortsetzung.)

Zudem hat unser Vorschlag zur Einführung der Senkgrube und der pneumatischen Ausfuhr auch eine national-ökonomische Bedeutung, denn der Inhalt der Konäle geht — wenn er überhaupt geht — in den Fluss und rinnt unverwertet ab, während die Sammlung der ausgeföhrten Mehrung und des Rechrichts außerhalb der Stadt auf eigens hiezu bestimmtem Platze die Fabrication von Compostdünger ermöglicht, welcher zur Düngung und Bewirtschaftung des Bodens von heilsamstem Einflusse sein würde. Man wende uns nicht ein, dass der Bauer bei uns solchen Dünger nicht kaufen würde, anfangs freilich nicht, schon deshalb nicht, weil es eine Neuerung wäre, welcher unsere conservativen bäuerlichen Landwirte, wie allerorts, meist feindlich gegenüberstehen, aber das Gute bricht sich überall, wenn auch langsam, Bahn. Sieht der Bauer einmal, dass der Dünger gut ist und ihm billiger zu stehen kommt, als wenn er ihn mittelst Nacharbeit aus der Stadt holen muss, so wird er ihm schließlich gerne kaufen. Was die Wahl des Ausfuhrsystems anbelangt, so entschließe sich die Commune zu irgend einem und

Vom Pfarramte Rabensberg  
Durch die Administration des „Slovenski Narod“:

	fl. kr.
Herr Felix Terk, Arzt, Marburg	2 50
In Radmannsdorf gesammelt	10 70
Herr Ferdinand Kaliger, Lehrer, Töplitz	2 —
N. N., Laibach	1 —
Von der Citalnica in Stein das Rein-erträgnis der dramatischen Vorstellung am 7. März d. J.	30 8
Herr B. Erzen, stud. jur., Laibach	— 40
Valentin Dreher, Tschenschenik	1 —
Herr Rudolf Milliz, Buchdruckereibesitzer, Laibach	2 —
Vom Pfarramte Bresnitz	17 —
A. P., Laibach	5 —
Vom Pfarramte Goitschee	2 10
Gutenfeld	3 90
" Niederdorf	7 —
Vom Gemeindeamt Malgern	6 —
Vom Pfarramte Göttelitz	4 —
Vom Gemeindeamt Söderschitz	9 —

### Parlamentarisches.

Der Club der Liberalen hat Montag abends über die Prager Universitätfrage berathen. Der vom Fortschrittsclub vorgeschlagenen Erklärung, welche von der gesamten Verfassungspartei abgegeben werden sollte, in welcher die Vermehrung des ultraquistischen Charakters an der Universität verhorresiert, dagegen die Zweittheilung der Universität befürwortet wird, ist der Club der Liberalen nicht beigetreten. Der Club gieng von der Ansicht aus, dass die Minorität sich jedes positiven Vorschlagess zu enthalten habe und überließ es den einzelnen Rednern, ihre Meinungen im allgemeinen zu äußern, ohne jedoch denselben eine bestimmte Formulierung zu verleihen. Die vom Budgetausschusse beantragte Resolution wurde einstimmig abgelehnt. Beziiglich der Mittelschulen wird der Club einem Antrage, welchen Abg. Gomperz bereits im Budgetausschusse gestellt, zustimmen. Diesem Antrage zufolge wird die Regierung aufgefordert, die auf die eventuelle Vermehrung von czechischen Mittelschulen hinzielenden Vorschläge der verfassungsmässigen Behandlung zuzuführen, so dass es der Regierung nicht freigestellt wird, Maßnahmen im administrativen Wege zu treffen.

Der Fortschrittsclub ist infolge des Beschlusses des Clubs der Liberalen davon abgekommen, die Erklärung bezüglich der Prager Universität ab-

zugeben, und hat einen Redner aufgestellt, welcher die im Club vorherrschenden Anschauungen im Hause vertreten wird. Beziiglich der Mittelschulen schloss sich der Club dem Antrage Gomperz an.

Der Ausschuss für Vorstudienkassen berieh am Montag über den Antrag Lenz auf Errichtung von Postsparkassen und beschloss eine Resolution zu beantragen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, die nothwendigen Erhebungen zu pflegen, und wenn sie dann die Realisierung dieses Projectes für wünschenswert erachtet, im Hause eine diesbezügliche Vorlage einzubringen.

Der Wasserstraßen-Ausschuss hat in seiner letzten Sitzung die Elbbeschiffahrts-Akte einstimmig genehmigt und den Abg. Dr. Rau zum Referenten gewählt, welcher bevollmächtigt wird, den Bericht im Einvernehmen mit dem Obmann Dr. Rieger einzureichen.

Die Eisenbahncommission des Herrenhauses zog vorgestern die Vorlage über den Bau der Arlbergbahn in Verhandlung. Im Laufe der mehrstündigen Debatte wurde hervorgehoben, dass die Arlbergbahn in erster Reihe zwar dem ungarischen Exporte zugute kommen werde und dass deshalb eine Beitragseleistung Ungarns nur der Billigkeit entsprochen hätte, dass aber andererseits die Ausführung der Arlbergbahn auch im Interesse des Gesamtreiches gelegen sei, und von diesem Gesichtspunkte aus seien die großen Opfer, welche die Arlbergbahn erfordere, gerechtfertigt. Mit Rücksicht auf diese, besonders vom Handelsminister Baron Korb in der detailliertesten Weise erörterten Gründe beschloss die Commission einstimmig die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes in der Fassung des Abgeordnetenhauses. Der von demselben beschlossenen Resolution, betreffend die Anknüpfung von Verhandlungen mit Ungarn wegen des Baues der Linie Sissel-Dobrljin, des Eisenbahnanschlusses an Serbien und wegen der Schifffbarkeit der Donau bei Götzö trat die Commission nicht bei. Zum Berichterstatter für das Plenum wurde Baron Engerth gewählt.

### Österreichischer Reichsrath.

#### 76. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 20. April.

Präsident Coronini eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Am Ministertische: Taaffe, Bražak, Conrad.

Die Budgetdebatte wird fortgesetzt. Zur Bedeckung des Capitels „Cultus“, und zwar „Einnahmen der Religionsfonds“, spricht Abg. Zarliewicz, um das Vorgehen der galizischen Landesbehörden gegen

lasse sich ja nicht durch die Erwägung abhalten, die einmal im Gemeinderathe laut wurde, dass die Gelehrten selbst noch nicht wissen, welches System das beste sei. Dass die „Gelehrten“ einmal einig werden, werden wir nie erleben in solchen Fragen, die eben so schwer endgültig zu entscheiden sind, wir aber wollen trotz der Uneinigkeit der Gelehrten in guter und reiner Luft leben. Jedes System, welches die Verunreinigung des Luftkreises verhindert, ist gut, welches das beste ist, ist eine für uns belanglose Frage, wenn wir nur den Hauptzweck erreichen.

Man sagt, die Einführung des pneumatischen Systems koste 20,000 fl. Wir bezweifeln zwar die Richtigkeit dieser hochgegriffenen Summe, doch selbst zugegeben, die Biffer sei richtig, so ist es ja nicht nöthig, gleich alle zehn Wagen auf einmal anzuschaffen, man fange mit einem an, ein zweites Jahr, besonders wenn man sieht, die Sache ist gut, schafft man einen zweiten an, und so wird man das System allmählich einführen, den Stadthäckel nicht auf einmal so übermäßig belasten, und jedenfalls ist es besser, das neue System allmählich einzuführen, als jahrelang alles beim Alten zu belassen, nur aus dem Grunde, um abzuwarten, ob nicht ein Gelehrter mittlerweile etwas Vollkommeneres vorschlägt.

So, wie wir auseinanderseztzen, dachten alle Communen, die den Mut der Thatkraft besaßen und frisch und fröhlich das pneumatische System allmählich einführten, es nun schon jahrelang genießen und, wie die Berichte lauten, damit recht zufrieden sind, während wir noch immer unschlüssig an der Feder lauen, die den Entschluss niederschreiben soll.

Eine weitere Quelle der Verunreinigung des Luftkreises sind innerhalb der Stadt gelegene Gewerbsanlagen, Seifensiedereien, Kohlereien u. s. w. Wer sich von solchen Verunreinigungen der Luft überzeugen will, gehe an der Bündholzfabrik in der Polana vorüber, wo er Phosphordämpfe aus directester Quelle einathmen kann. Auch in dieser Richtung steht unserem Magistrate noch ein Feld der Thätigkeit offen.

Mechanische Beimengungen enthält die Luft außerdem durch den Straßenstaub, so dass bei längerer Trockenheit und gleichzeitigem Winde unsere Lungen-schleimhaut so ziemlich unseren Trottoiren ähnlich sehen dürfte. Wer da weiß, dass man nach einer Eisenbahnfahrt, selbst wenn man sich noch so sorgfältig gewaschen und gereinigt hat, nach einem, selbst zwei Tagen noch Kohlenstaub beim Schnauben im Sacktuche findet, der wird es ermessen können, wohin der freie Straßenstaub gelangt, wenn wir die mit ihm geschwängerte Atmosphäre atmen.

Also gute und solide Pflasterung der Straßen, passende Auswahl des Pflaster- und Schottermaterials und fleißiges Besprühen der Straßen wird für Hebung der Gesundheit von unberechenbarem Einflusse sein, wobei wir die Bemerkung nicht unterdrücken können, dass Macadam sich nur für wenig befahrene Straßen empfiehlt, während für stark befahrene Straßen sich solides Steinpflaster besser eignet. Mit der Besprüfung der Straßen muss auch das Reinsegen derselben Hand in Hand gehen.

Dass die öffentlichen Anstandsorte so konstruiert sein müssen, dass der Boden vor der Durchsickerung des Wassers geschützt wird, ist selbstverständlich, aber

den rathenischen Clerus zu kritisieren. Die Bedeckung wird hierauf genehmigt.

Zu den Resolutionen ergreift Abg. Menger das Wort, um in längerer Ausführung nachzuweisen, dass der Bischof Rudiger in Linz keinen begründeten Rechtsanspruch auf den Nutzen und die Verwaltung der Dotationsgüter Garsten und Gleink habe. Diese Ansicht sei durch Judicate des obersten Gerichtshofes und des Verwaltungsgerichtshofes bekräftigt worden; es liegen die Entscheidungen dieser Gerichtsstellen vor, und es gehe nicht an, heute in einer Resolution eine nochmalige Administrativ-Entscheidung der Regierung zu provocieren. Wenn der Bischof von Linz gegenwärtig nicht standesgemäß leben kann, so mögen seine Anwälte im Parlamente diessfalls einen Vorschlag machen, den man dann in Erwägung ziehen könne; die Resolution aber sei unrealisierbar.

Abg. Lienbacher weist darauf hin, dass gar keine meritorische Entscheidung in dieser Angelegenheit vorliege, da der oberste Gerichtshof sich für incompetent erklärt habe. Die Resolution des Jahres 1869, welche die Regierung aufforderte, dem Bischof von Linz die Güter einfach abzunehmen, war ein Confiscationsdecreet, ein Gewaltact. Das Herrenhaus hatte so viel Unstädtsgefühl, diese Resolution abzulehnen, trotzdem erschien jener Ministerialerlass, welcher dem Bischof von Linz die beiden Güter einfach wegnahm. Das war eine Cabinetsjustiz. Redner führt aus, dass der Bischof Rudiger die Güter Garsten und Gleink auf Grund seiner Ernennung zur Nutznießung erhalten. Das sei ein aufrechter Privatvertrag. Der Bischof habe die Güter bis zum Jahre 1869 ohne Einspruch verwaltet. Da plötzlich sei ihm dieses Recht genommen worden unter dem Vorwande „der Hebung der Erträge des Religionsfondes“. Dieser Act sei eine Gefahr, die unter dem Schlagworte „zur Hebung der Einkünfte des Staates“ alle besitzenden Staatsbürger bedrohe; der in Rede stehende Ministerialerlass müsse aufgehoben werden. (Beifall rechts.)

Abg. Lustkandl bespricht die Natur des Religionsfonds und weist nach, dass derselbe ein öffentlicher Fonds sei, dass Streitigkeiten aus demselben vor das Forum des öffentlichen und nicht des Privatrechtes gehören. Die Nutznießung der Religionsfondsgüter Garsten und Gleink sei nichts als eine Dotierung aus einem öffentlichen Fonde, deren Umwandlung aus einer Real- in eine Gelddotierung jederzeit zulässig sei. (Beifall links.)

Abg. Menger bemerkt, dass Abg. Lienbacher nicht als Richter gesprochen, der unparteiisch das Urtheil spreche, sondern, dass er als Staatsanwalt einen einseitigen Standpunkt eingenommen. Falsch sei es, dass Nutznießung und Eigentumsrecht gleichbedeutend seien. Das Bistum Linz sei nicht als Eigentümer gründlicherlich vorgeschrieben. Die Resolution in der vorgeschlagenen Form sei unzulässig, weil es nicht angehe, Entscheidungen des obersten Gerichtshofes umzustößen.

Abg. Lienbacher repliziert auf die Ausführungen der Abgeordneten Dr. Lustkandl und Dr. Menger.

Abg. Dr. Sturm sagt, dass durch die Annahme der Resolution dem Bischof von Linz eine Wohlthat erwiesen würde, nämlich, dass ihm noch eine Instanz eröffnet würde, die keinem andern Staatsbürger zu stehe. Das sei keine Gleichheit vor dem Gesetze.

Nachdem noch der Special-Berichterstatter Dr. Weigel die Annahme der Resolution empfohlen hatte, wurde dieselbe mit 159 gegen 130 Stimmen zum Be-

schluss erhoben. Die nächsten zwei vom Ausschusse beantragten Resolutionen zum Capitel „Cultus“ wurden hierauf ebenfalls angenommen.

Zur letzten Resolution ergreift Fürst Lobkowitz das Wort. Diese Resolution wünscht Aufklärungen über die Ausführung des Pfründenbesteuerungsgesetzes. Redner bespricht zunächst die rechtliche Natur des Religionsfondes. Er kann nicht zugeben, dass Confiscationen überhaupt eine rechtliche Unterlage haben. Wollte man die Eigenschaft einer Rechtsquelle auch bei den Monarchen von Gottes Gnaden gelten lassen, so könnte man doch nicht so weit gehen, diese Eigenschaft constitutionellen Körperschaften zu vindicieren, wo oft eine Majorität von zwei Stimmen entscheidend sei. Solche Majoritäten hätten ja oft genug das Recht mit Füßen getreten. (Oho! Rufe links: Zurücknehmen! Zur Ordnung!) Wenn Sie wollen, auch Majoritäten von 20 Stimmen. (Erneute Rufe links: Zurücknehmen!)

Über Aufforderung des Präsidenten erklärt Redner, dass er nicht dieses Parlament gemeint und in keinem Falle die Absicht gehabt habe, dasselbe zu beschuldigen, dass es das Recht mit Füßen getreten habe. Redner bespricht hierauf die Feststellung des Maßstabes für die Besteuerung der Pfründen und meint, dass die politische Gesinnung der Betreffenden dabei eine entscheidende Rolle spielt. Durch das Pfründenbesteuerungsgesetz liege es in der Hand der Regierung, politisch unbequeme Pfründenbesitzer zu ruinieren. Deshalb sei es an der Zeit, dieses Gesetz zu reformieren, und aus diesem Grunde werde er für die Resolution stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Fux entgegnet auf die Ausführungen des Vorredners, die aus einer irrgewissen Auffassung des Verhältnisses der Kirche zum Staate entstanden seien.

Bei der Abstimmung wird die letzte Resolution zu Capitel „Cultus“ angenommen. Schluss der Sitzung halb 4 Uhr. Nächste Sitzung morgen.

### Deutschland.

Die Kanzlerkrise macht in Deutschland noch immer von sich reden, trotzdem der Bundesrat schon in seiner nächsten Plenarsitzung die Geschäftisordnungs-Novelle annehmen wird und damit der unmittelbare Anlass zu dem Demissionsgesuch Bismarcks beseitigt ist. Mit einer gewissen Gesinnung betont man von neuem, dass derselbe den Kaiser äußerst peinlich berührt habe. Sehr auffällig bemerkt und besprochen wird diesbezüglich ein Artikel der so loyalen „Magdeburger Zeitung“ über die Kanzlerkrise, in welchem es heißt, es befestigt sich in weitesten Kreisen immer mehr die Ansicht, dass für alle Theile, für den Reichskanzler, für die, welche mit ihm zusammen arbeiten, und für das Land und die ganze Geschäftswelt, welche unter diesen beständigen Frictionen am meisten leidet, erwünscht wäre, wenn Fürst Bismarck in seinen Aufgaben dadurch erleichtert würde, dass er auf das alleinige Feld seiner Größe und seines Talentes, auf die Leitung der auswärtigen Politik beschränkt würde. Diese beständigen Wechselseitigkeiten und Krisen der inneren Politik, welche zu immer neuen Klagen Veranlassung geben, beunruhigen und schädigen das Land in solchem Maße, dass auf Abhilfe gedacht werden muss. Das „Berliner Tagblatt“ findet diese Bemerkung wohlgegründet und schreibt: „Wenn selbst die treuesten Verbündeten des Fürsten Bismarck, die Nationalliberalen, derartige Wünsche hegen, so lässt das gewiss annehmen, dass diese auch von anderen Parteien, wenn auch unausgesprochen, getheilt werden; dergleichen Wünsche aber sind bemerkenswerte Zeichen der Zeit. Sie deuten an, dass man anfängt, die Entbehrlichkeit des Fürsten Bismarck, wenn auch zunächst nur für einen Theil der Reichsgeschäfte, ins Auge zu fassen, und es will uns bedenken, dass mit dem bloßen Aufstauen eines solchen Gedankens der Stern des Reichskanzlers bereits im Untergange begriffen ist.“

Die Meldung, dass die römische Kurie den Beschluss des preußischen Staatsministeriums hinsichtlich des päpstlichen Schreibens an Herrn Melchers beantwortet habe, ist bisher offiziell noch nicht widerlegt worden. Von anderer Seite verlautet, die Unterhandlungen über die Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatican und Preußen sollen wieder aufgenommen werden. Der Standpunkt des Fürsten Bismarck dabei sei der, dass er gern bereit wäre, die weitestgehenden Concessions auf diesem Gebiete zu machen; er schreibt durchaus nicht davor zurück, selbst einen päpstlichen Nuntius in Berlin ständig zu haben, weil er der Ansicht sei, dass der beständige Verkehr und die Annäherung der Kurie an die Reichsregierung nur dazu beitragen könne, dass die erstere mehr Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des deutschen Reichs nehme, als wenn die Verhandlungen nur durch einen Unterhändler, etwa in Rom oder von einem anderen Ort aus, geführt werden. Man könne also annehmen, dass in erster Linie beabsichtigt werde, eine päpstliche Nuntiatur in Berlin herzustellen; sollten sich dem aber unerwarteterweise große Hindernisse in den Weg stellen, so würde auch nichts dem entgegenstehen, dass der päpstliche Nuntius in München zugleich als Nuntius für das deutsche Reich bestellt würde, und dass er dann in jedem besonderen

Falle, wo eine wichtige Frage zur Erörterung käme, sich nach Berlin begeben würde, wie er sich damals nach Kissingen begeben hatte, um mit dem Reichskanzler persönlich zu unterhandeln. Es würde sich von selbst verstehen, dass, wenn diese Frage in dem ange deuteten Sinne gelöst würde, dann zugleich auch ein deutscher Botschafter wieder in Rom bei der Kurie beglaubigt würde.

### Zur Situation in Frankreich.

Die vorgestern in Paris zur Sommersession zusammengetretenen Kammern haben in erster Linie das Budget für das Jahr 1881 zu votieren. Die Budgetcommission der Kammer unter ihrem Präsidenten Brisson hat während der abgelaufenen Ferien tüchtig vorgearbeitet, und so dürfte es der Kammer ermöglicht werden, die Budgetdiscussions bald zu beginnen. Im Senat dürften sich in der ersten Zeit die Paladine der Jesuiten durch Anfragen, Interpellationen und Einbringung von gegen die Congregationsgesetze vom 29. März gerichteten Protesten und Petitionen bemerkbar machen. Da indes diese ganze gegen die Wirklichkeit der Gesetze gerichtete Agitation auch die Partei Dufaure gegen sich hat, so dürfte der clericale Ansturm gegen die Regierung nicht nur keine besonderen Resultate zutage fördern, sondern sogar zur Festigung der Position des Cabinets Freycinet beitragen. Die Regierung ihrerseits wird ihren Einfluss ausüben, um die Budgetdiscussions zu beschleunigen. Am 29. Juni treten nämlich die sogenannten Congregationsdecrets in Kraft, und es muss der Regierung sehr viel daran gelegen sein, um diese Zeit nicht durch unnötige Interpellationen der Clericalen, und nicht minder der Radikalen, in ihrer Action gegen die Religionsgenossenschaften gelähmt zu werden. Sie wird daher alles ausspielen, dass die Kammern noch vor Ende Juni ihre Sommerferien antreten.

Die Pariser Blätter beschäftigen sich sehr eingehend mit dem Arbeitsprogramm der Kammern. Es sind nebst dem Budget pro 1881 vor allem die Zolltarifgesetze, die Eisenbahnvorlagen, darunter der Gesetzentwurf über den Rückkauf der Orleansbahn, das Heeres-Administrationsgesetz und das Gesetz über den unentgeltlichen obligatorischen Laienunterricht, zu votieren. Da die Wahlen für die Generalräthe anfangs August beginnen, so werden sich die Kammern bereits Mitte Juli vertagen müssen. Die Regierung scheint zu wünschen, dass das Budget von beiden Häusern noch im Verlaufe der Sommersession erledigt werde, um eine außerordentliche Session im Herbst zu vermeiden. Herr de Freycinet hat in diesem Sinne ein Schreiben an den Präsidenten der Budgetcommission, Brisson, gerichtet und ihn ersucht, die Arbeiten möglichst zu beschleunigen. Die Budgetcommission hat beschlossen, diesem Wunsche zu entsprechen. Nichtsdestoweniger ist es zweifelhaft, ob es gelingen wird, das Budget noch während der Normalsession fertig zu bringen, was insofern für die Regierung unangenehm wäre, als sie trotz der Dementis im „Journal des Débats“ und im „Temps“, auf eine anticipierte Kammerauflösung und auf Neuwahlen im Herbst zu speculieren scheint. Hier auf lässt auch eine Auseinandersetzung des „Temps“ schließen, welcher meint, die Frage der Auflösung werde sich von selbst in dem Augenblicke auftun, wo das Parlament über die Wiederherstellung des Lüftenscrutiniums zu entscheiden haben werde. Den entsprechenden Antrag beabsichtige Bardouz im Juli oder für den so unvermeidlichen Fall einer Herbstsession im Oktober einzubringen.

Der „Gaulois“ will aus guter Quelle wissen, dass mehrere bonapartistische Abgeordnete entschlossen sind, sogleich nach Eröffnung der Kammer einen Antrag, betreffend die Einberufung des Congresses, einzubringen. Die Revision soll sich auf einen einzigen Punkt beziehen, nämlich auf die Wahl des Präsidenten der Republik, welche von dem allgemeinen Stimmrecht statt von Senat und Kammer vollzogen werden solle.

Der Empfang des Herrn von Radowicz am 10. d. M. durch den Präsidenten der französischen Republik hat mehr als formelles Interesse gehabt. Der interräumliche deutsche Vertreter versicherte Geburt Grévy des festen Willens des Kaisers Wilhelm, herzliche Beziehungen mit Frankreich zu unterhalten. Be kanntlich ist schon die Regelung der Stellvertretung in einer für Frankreich sehr rücksichtsvollen Weise erfolgt und alles weist darauf hin, dass Herr v. Radowicz mehr als eine bloße diplomatische Phrase anzubringen gehabt hat.

### Das neue englische Cabinet in Asien.

Das neue englische Cabinet, dessen Bildung voraussichtlich schon in allerkürzester Zeit zu erwarten steht, wird seine Aufmerksamkeit den asiatischen Verhältnissen nicht weniger zuwenden müssen, als sein Vorgänger, und es wird sich zeigen, ob die Herren Granville, Derby und Gladstone die von ihnen so viel getadelte Politik des Lords Beaconsfield in Asien so viel lassen können, ohne englische Interessen zu vertheiligen. Vor allem erfordert die Lage der Dinge in Afghanistan einen neuen Feldzug im Beginne des

Frühjahrs, zu dem man schon mit allem Eifer Anstalten trifft; denn die Afghaneen wollen einmal von den mit England getroffenen Abmachungen nichts wissen, und in der Person Abdurrahman Khans ist ein neuer Prätendent für den Thron Schir Aliis aufgestanden, welcher mit großem Eifer bemüht ist, die Bergvölker um sich zu sammeln. Man sagt von ihm, dass er nicht ohne geheime Aufforderung und Unterstützung Russlands von Turkestan her sich in Bewegung gesetzt hat. Sicherlich passt es den Russen ganz gut, wenn die Briten nicht zur Ruhe kommen und sich ihrer Erfolge nicht erfreuen können, und jetzt schon ganz besonders mit Hinblick auf den Feldzug, welchen General Skobelev gegen die Turken zu beginnen im Begriffe steht. Bekanntlich soll Skobelev, der aus den Kämpfen um Plevna und am Balkan wohlbekannte Heerführer, die vorjährige Niederlage Tergulassoffs weitmachen und den durch dieselbe nur noch gewachsene Übermuth jenes Reitervolkes bändigen. Im Hintergrunde des Feldzugsplanes liegt dann die Besitznahme des wichtigen Merv, des Vorpostens an der afghanischen Grenze. Gelingt es den Russen, sich zu Herren von Merv zu machen, so werden sie die unmittelbaren Nachbarn der Afghaneen oder derjenigen, welche das Land der Afghaneen im Besitz haben, und jener seit langem vorhergesehene Augenblick einer unmittelbaren Begegnung der Russen und Briten auf dem Boden Asiens tritt ein. Dies natürlich unter der Voraussetzung, dass die Briten mehr bleibenden Erfolg bei ihrem Zuge in die afghanischen Berge erzielen, als im vergangenen Jahre. Jedenfalls würden die Russen in Merv einen Punkt gewinnen, von dem aus sie es leicht haben, den Afghaneen vielfachen Vorschub zu leisten und den Engländern ihre Existenz recht zu machen.

Das Whigcabinet ist über diese Erbschaft, welche dasselbe aus Beaconsfields Nachlass antreten muss, sicherlich wenig erfreut, aber es kann nichts anderes thun, als auf dem einmal betretenen Wege ausharren; denn jetzt würde jedes Weichen den Engländern in Asien als ein Zeichen der Schwäche ausgelegt werden, und wenn auch Gladstone wiederholt die Meinung vertrat, dass man mit den Russen sich auf guten Fuß setzen und das Auskommen mit ihnen anstreben muss, so dürfte es doch auch ihm nicht gelingen, in den afghanischen Dingen den richtigen modus vivendi zu finden. Das Terrain daselbst aber schlechthin den Russen zu räumen und der Sache ruhig ihren Lauf zu lassen — zu einer solchen aufopferungsvollen Politik besitzen auch Gladstone und seine Freunde nicht den Muth. Sie kennen nur zu gut ihre Landsleute, um nicht zu wissen, dass sie in einem Punkte, welcher in so eingreifender Weise die Frage der indischen Herrschaft berührt, sehr empfindlich sind und weit weniger um liberale oder conservative Theorien, als um die Fortbewegungen der Opportunität sich kümmern. Zunächst hängt natürlich viel von dem Erfolge der Waffen ab, fast mehr noch von jenem des Generals Skobelev. Ihr begleiten keine frommen Wünsche auf seinem ohnehin schon gefährlichen Zuge, und die Turken kämpfen gegen seine Soldaten als Verbündete Englands, wenn auch kein Tractat hierüber besteht.

Aber nicht nur in Central-Asien wird es demnächst lebhaft werden und das Spiel der Waffen Einfluss auf manche europäische Beziehung üben, sondern auch im Osten desselben Welttheiles droht ein heftiger Conflict — zwischen Russland und China. Lange obhüebende Grenzfragen und Differenzen aus kommerziellen Gründen haben sich in jüngster Zeit nicht wenig zugespielt, und wenn es nicht in letzter Stunde noch zu einer Vereinbarung kommt, so scheint Russland zur gewaltfamen Ausstragung der Sache entschlossen. Freilich ist ein Kriegszug gegen die Chineen von der ostsbirischen Grenze nicht so leicht. Will man starke Kräfte zur Action bringen, so erfordert dies Unsummen von Geld, die Russland nicht in der Lage ist, für einen Krieg gegen China dermalen aufzuwenden, und verucht man es mit einer beschränkten Macht, so sieht man sich der Möglichkeit eines Misserfolges aus, da es sich hier um das Vorrücken in eine nicht wenig bevölkerte Gegend des himmlischen Reiches handelt. Es hat darum alle Wahrscheinlichkeit für sich, wenn berichtet wird, dass die Russen zunächst nur auf dem Seeewege gegen China vorzugehen gedenken und eine starke Flotte unter dem Befehle des Admirals Butakoff in den Gewässern des Stillen Oceans zu versammeln sich anschicken. Kommt es aber wirklich zu Feindseligkeiten zwischen den beiden Reichen, so kann dies nicht ohne Einfluss auf die Verhältnisse in Ostasien überhaupt bleiben, umso mehr, als auch die Beziehungen zwischen Japan und China sehr gespannt sind, andererseits aber gerade den Engländern nicht wenig daran geht, dass die Russen nicht ein gewisses Überwiegen in China erreichen und dort einen neuen Angriffspunkt gegen englische Interessen gewinnen. Auch hat es immerhin etwas Bedenkliches, wenn eine starke russische Flotte in den chinesischen Gewässern sich einstellt und der Versuch angestrebt wird, zwischen Russland und Japan eine Art von Allianz zu errichten. Man sieht demnach, das neue Cabinet von St. James steht mancher ernsten Sorge gegenüber, und es wird demselben gerade in Asien nicht leicht werden, sich an

die Lineamente seines vor und während der Wahlen verklubten Programmes zu halten. Ueberall begegnet es gerade dem Russland, welchem Gladstone bisher eine so akademische Freundschaft entgegengetragen hat.

## Tagesneuigkeiten.

— (Ein verschwundener Advocat.) In unserm gestrigen Blatte berichteten wir bereits telegraphisch, dass der Advocat Dr. Samuely in Brünn mit Hinterlassung einer riesigen Schuldenlast spurlos verschwunden sei. Der Fall erregt auch in Wien große Sensation, da der Wiener Platz bei dem Falliment der Firma, an welcher Dr. Samuely beteiligt war, mit nicht unbedeutenden Summen interessiert ist. Samuely fungierte seit dem Jahre 1874 als Advocat in Brünn und wusste sich bald eine große Clientel zu verschaffen. Vor einigen Jahren heiratete er die Tochter eines reichen Realitätenbesitzers in Wien und erhielt 100,000 fl. als Mitgift. Samuely betrieb neben seiner Advocaturkanzlei auch sehr eifrig das Börsepiel und soll enorme Verluste erlitten haben. Vor vierzehn Tagen verließ er Brünn und soll, so erzählt man, sich nach Amerika begeben haben. Samuely war früher Verwaltungsrath der Buderformen-, Eisenblechwaren- und Maschinenfabriks-Gesellschaft, die im Jahre 1876 liquidierte.

— (Ein Jubiläums-Festthum.) Man schreibt der „W. Allg. Blg.“ aus Salzburg, 18. April: Verschiedene Journale brachten die Nachricht, dass im heurigen Sommer aus Anlass der vor zwölfhundert Jahren stattgefundenen Gründung Bad Gasteins von der dortigen Curcommission eine Gedächtnisfeier veranstaltet werde. Dieser Mittheilung waren gleichzeitig einige historische Daten beigegeben. Nun scheint es aber, dass die Curcommission von Bad Gastein mit ihrer Verlautbarung etwas umüberlegt vorgegangen ist, denn in der gestrigen „Salzburger Zeitung“ tritt Dr. Billner, eine Autorität in Fragen salzburgischer Geschichte, „der zwölfhundertjährigen Gedächtnisfeier Bad Gasteins mit der Erklärung entgegen, dass der zwölfhundertjährige Bestand und Betrieb des Bades zu Gastein unerwiesen und gar nicht nachweisbar“ sei und „dass mit vermessenem Griffe um sieben Jahrhunderte zu viel in das diesjährige Festprogramm aufgenommen“ wurden. An der Hand authentischer Daten weist Dr. Billner nach, dass erst im Jahre 1350 Andeutungen vorkommen, welche auf das Vorhandensein des Bades Gastein schließen lassen. Man ist hier allgemein gespannt, was die Curcommission von Bad Gastein den Ausführungen Dr. Billners erwidern wird, ja was sie überhaupt auf dieselben erwidern kann. Es wäre jedenfalls für die Curcommission einigermaßen unangenehm, wenn die Firma der Gedächtnisfeier plötzlich geändert und aus einer „zwölfhundertjährigen“ eine „fünfhundertjährige“ gemacht werden müsste.

— (Touristisches.) Wie man der „R. fr. Pr.“ meldet, hat die Section Villach des deutschen und österreichischen Alpenvereins den Bau einer Unterkunftshütte am südlichen Abhange des Wischberges (2700 Meter), ungefähr in der halben Höhe deselben, beschlossen. Dieselbe wird Ende Juni dieses Jahres fertig werden und sowohl für jene, die von Raibl, als auch für jene, die vom Kanalthale und von der italienischen Seite die Höhe ersteigen wollen, von Vortheil sein, da in der Nähe dieser Hütte die Bergwege zusammenstoßen. Am bequemsten wird sich der Aufstieg auf den Wischberg von Raibl aus gestalten; von da führt ein unbeschwerlicher Weg den prächtigen See entlang gegen das Racoletta-Thal und auf die Fischbachalpe, welche, ihrer romantischen Partien und herrlichen Ausschau wegen berühmt, binnen drei Stunden erreicht werden kann. Nach einer kleinen Stunde gelangt man in die Karniza, unter den schief hängenden Felsmassen der Trois, wo die Hütte an lawinengesicherter Stelle sich erheben wird, und von hier aus kann die Spitze auf stellweise in den Felsen gehauenen Stufen in zwei Stunden ersteigen werden.

— (Aus dem Fürstenthum Liechtenstein.) Im verflossenen Monate wurde im Fürstenthume Liechtenstein die Volkszählung vorgenommen. Die Einwohnerzahl beläuft sich demnach auf 9124 Personen, welche in dem vier Quadratmeilen großen Ländchen friedlich hausen.

## Locales.

— (Personalveränderungen im Laibacher Diözesanclerus.) Der fürstbischöfliche Hauskaplan Herr Dr. Josef Marinko wurde als Pfarrcooperator nach Birkach decretiert. — Herr Anton Horan, Pfarrer in Koločev, wurde für die Pfarre Neul präsentiert. — Der Pfarrcooperator in Altenmarkt bei Laas, Herr Georg König, wurde zum k. k. Landwehrkaplan zweiter Klasse ernannt. — Die kanonische Investitur erhielten die Herren Michael Tavčar auf die Pfarre Seisenberg, Johann Budnar auf die Pfarre Watsch und Gregor Maloverh auf die Pfarre Stranje. — Dem Herrn Carl Miklavčič wurde die Aufnahme in den Diözesanclerus und das hiesige Clericalseminar gewährt. — Der Militärcurat erster Klasse des Garnisonsspitals in Agram, Herr Johann Tomšič, wurde in den Militär-Seelsorgebezirk Triest mit der Bestimmung zur provisorischen Führung des dortigen Militär-Seelsorgebezirks ernannt.

amtes übersezt. — Gestorben sind die Herren Bartholomäus Dolzán, Pfarrer von Radoviz bei Mödling, und Anton Rihar, gewesener Cooperator in Planina.

— (Wagner - Abend.) Die gestrige Generalprobe der „Walküre“ versammelte ein zahlreicheres Publicum, als dies gewöhnlich bei unseren gezählten Concerten der Fall ist. Indem wir uns eine nähere Befreitung der Leistungen der Mitwirkenden für die eigentliche Aufführung vorbehalten, wollen wir für heute nur constatieren, dass der Erfolg die Erwartungen übertraf und das zahlreiche Auditorium die Mitwirkenden zum Schlusse mit lebhaftem Beifalle auszeichnete.

— (Waldbrand beim Schweizerhause.) Vor gestern gegen 6 Uhr abends entstand auf dem Plateau über dem Schweizerhause ein entweder durch Unvorsichtigkeit hervergerufener oder durch böswillige Hand gelegter Waldbrand. Derselbe nahm, begünstigt durch den auf dem Plateau herrschenden Wind und das aufgehäufte dörrte Laub, in kürze ziemlich bedeutende Dimensionen an, und nur der wirklich aufopfernden Mitwirkung mehrerer eben passierender Herren und Damen im Vereine mit hinzugekommenen Knaben gelang, es den Brand, der unter anderen Umständen selbst für das Schweizerhaus und Tivoliischloss sehr gefährlich hätte werden können, zu löschen.

— (Frühlingstage.) So rauh und bitterkalt sich der verflossene Winter gestaltete, ebenso warm und milde lässt sich das heurige Frühjahr an. Obwohl wir uns dem Kalender zufolge erst in der zweiten Aprilhälfte befinden, erfreuen wir uns in Laibach doch schon seit einigen Tagen einer Temperatur, die man nach dem vorangegangenen Winter kaum vor Mitte Juni für möglich gehalten hätte. Zeigte das Thermometer gestern Nachmittag doch schon nahezu 22° C., somit eine Höhe, die selbst der bekanntlich gleichfalls sehr warme, dem milden Winter 1877/78 gefolgte April nicht erreichte und welche die Temperatur der correspondierenden vorjährigen Apriltage sogar um 10—11° C. überragt. Dass somit nicht nur das Winterkleid vollends verdrängt, sondern geradezu schon die volle Sommertoilette mit Strohhut und Sonnenschirm an dessen Stelle getreten ist, erscheint unter diesen Umständen wohl begreiflich. Wenn die Natur in Laibach und dessen nächster Umgebung trotzdem noch nicht in dem dieser Temperatur entsprechenden Maße erwacht ist und namentlich das Aussehen der erst schwach knospenden Bäume nur wenig an den bevorstehenden Mai erinnert, so liegt die Erklärung hiesfür wohl nur in dem bereits sehr empfindlichen Mangel an Regen. Stellt sich letzterer einmal in der gewünschten ausgiebigen Weise ein, so ist nicht daran zu zweifeln, dass wir uns auch in dieser Hinsicht mit einem Schlag mitten im schönsten grünen Sommer befinden dürften.

— (Slovenija.) Die vorgestern im Saale der Laibacher Citalnica stattgefundenen Generalversammlung der Actionäre der Bank „Slovenija“, bei welcher 234 Stimmen vertreten waren, hat die vom Liquidationsausschusse beantragte dritte Nachzahlung von je 24 fl. per Aktie einstimmig genehmigt. Die Nachzahlung soll womöglich in zwei Raten ausgeschrieben werden. In den neuen Liquidationsausschuss wurden die Herren Jerič, Klun, Paki, Potočnik, Robič und Zagor gewählt.

— (Verzichtleistung.) Der Vächter der Laibacher städtischen Gesäll, Herr Leopold Schwarz aus Agram, hat auf die anlässlich der Kinderpest ihm in der letzten Gemeinderathssitzung zugesprochene Entschädigung per 250 fl. freiwillig verzichtet und diesen Betrag der Stadtgemeinde zur Verfügung gestellt.

— (Spinnfabrik.) Die diesjährige Generalversammlung der Actionäre der Laibacher Baumwollspinnerei und Weberei findet Samstag, den 24. d. M., in Triest statt.

— (Binsfuß-Herabsetzung.) Die Sparkassen in Klagenfurt und Villach haben beschlossen, die bei ihnen gemachten Spareinlagen vom 1. Juli, beziehungsweise vom 1. August d. J. an, statt wie bisher mit 5, nur mehr mit 4 Procent zu verzinsen. Gleichzeitig tritt bei diesen Instituten hinsichtlich der Hypothekardarlehen eine Binsfußmäßigung von 6 auf 5 Procent in Wirkung.

— (Unanbringliche Briefpostsendungen.) Seit 1. v. M. erliegen beim k. k. Hauptpostamt in Laibach nachstehende unbestellbare Briefpostsendungen, und zwar: Correspondenzkarten an: Teran Nikolaus in Küllenberg, Petrič Johann in Rudolfswert, Fönn Franz in Steinbrück, Sirk Ida in Wien, Kwas Anton in Stein, Mikolášek Ferdinand in Wiesenburg; — Briefe an: Bradeska Mathias in Belikar, J. v. S. in Fiume, Gruden Anton in Ungarisch-Bösch, Supanz Johann in Marburg (2 Stück), Ramor Maria in Biedem, Eber Dr. k. k. in Pest (2 Stück), N. N. 10 in Graz, Roman Franz in Graz, Kol Johann in Nabreg, Šavel Jakob in Magarnik, Stefančič Maria in Triest, Schreiber Rudolf in Genua, Idoušeg Martin in Marburg, Leitemayer ... in Graz, Candido Balson in Ovedasse, Degenfeld Sidonie in Szoloz, Balouček Wenzel in Karlstadt, Sternadt Johann in Villach, Doležal J. in Laibach, Bupančič Antoinette in Laibach, Babulovic Margarethe in Fiume, Turk Antonie in Marburg, Schiffner Johann in Graz, A. P. in Graz, Einsame Witwe in Laibach, Juno O. in Laibach, Minerva I. in Laibach, Čížek Andreas in Biegie, Dernovsek Johann in Stobiak,

